

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

45. Ausgabe, Mai 2008

Bulgarien

Verbrauchsabgaben

Mit dem 1. Januar 2008 werden die folgenden Neuregelungen zu Verbrauchsabgaben in Kraft treten:

- Kaffee und dessen Extrakte sind nicht länger verbrauchsteuerpflichtig.
- Die Vorschriften bezüglich Energie-Erzeugnissen und Elektrizität wurden, um die Voraussetzungen der einschlägigen europäischen Richtlinien zu erfüllen, geändert.
- Der Geltungsbereich der Zahlungspflicht von Verwaltungsstrafen wurde erweitert. Neu eingeführte Strafen sind vorgesehen und die Anzahl der Personen, denen Strafen auferlegt werden können, wurde ausgeweitet.

Kontakt vor Ort

Ginka Iskrova, Telefon: +359 (2) 93 55-100

Lettland

Steueransässigkeit

Natürliche Personen werden weiterhin bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Abmeldungsantrag eingereicht wurde, als Steuerinländer angesehen. Lettische Steuerinländer sind dazu verpflichtet, in Lettland ihr ganzes Einkommen (inklusive des ausländischen Einkommens) zu erklären und die angefallene Steuer im Einklang mit dem lettischen Gesetz anzumelden. Natürliche Personen können auf die zu zahlende Steuer die ausländische Steuer auf das ausländische Einkommen anrechnen. Wenn z. B. die berechnete Steuer LVL 2.500 (EUR 3.512) und die im Ausland gezahlte Steuer LVL 1.000 (EUR 1.405) betragen, muss die Differenz (LVL 1.500; ca. EUR 2.107) an die Steuerbehörden abgeführt werden.

Für eine natürliche Person kann eine Bescheinigung der Steueransässigkeit in einem anderen Land von Nutzen sein.

Dieses Dokument kann als Grundlage für die Befreiung von der lettischen Steuer dienen (dies gilt nur für Länder, mit denen Lettland ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat).

Meldepflicht

Bei einer Abwesenheit aus Lettland (mehr als 183 Tage), muss die lettische Meldestelle darüber, unter Angabe des Wohnsitzes im Ausland, in Kenntnis gesetzt werden.

Geschäftsführergehalt

Lettischen Gesellschaften, die Entgelte für Managementleistungen an ausländische Gesellschaften zahlen, müssen zum Zahlungszeitpunkt gemäß lettisches Körperschaftsteuergesetz 10 % dieser Entgelte einbehalten, es sei denn, der lettischen Gesellschaft liegt eine Ansässigkeitsbescheinigung des Empfängers vor.

Solche Entgelte unterliegen für Zwecke der Umsatzsteuer den "reverse charge"-Regelungen. Wenn eine lettische Gesellschaft zum Beispiel eine Rechnung vom 2. April 2008 für Managementleistungen erhält und im März 2008 die Leistung erbracht wurde, dann muss Umsatzsteuer auf das Entgelt erhoben werden; die Vorsteuer kann mit der April-Voranmeldung in Abzug gebracht werden.

Bei der Vereinbarung über Managementleistungen ist für lettische Gesellschaften ausschlaggebend, dass die Bedingungen bzgl. der Quellenbesteuerungsverpflichtung als auch hinsichtlich der Höhe und der Ermittlung des Entgelts erfüllt werden. Die betroffenen Unternehmen sollten dies im eigenen Interesse sicherstellen, denn es handelt sich bei den Verträgen um Vereinbarungen zwischen verbundenen Personen. Die Abmachung sollte des

Lettische Steuer für Geschäftsführer

Weiteren klarstellen wie die Reise- und Übernachtungskosten der Manager erstattet werden.

Eine solche Regelung eliminiert das Risiko, dass die von der lettischen Gesellschaft getragenen Kosten als steuerbare Leistungen an die Manager behandelt werden und die Finanzbehörden die sich in diesem Zusammenhang ergebenden Aufwendungen der lettischen Unternehmen als steuerlich nicht abzugsfähig ansehen.

Ist das Mitglied der Geschäftsführung bei einer ausländischen Gesellschaft angestellt, so werden die obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge regelmäßig vom Arbeitgeber einbehalten. Geschäftsführer werden für Zwecke der lettischen Sozialversicherungsabgaben jedoch als Arbeitnehmer qualifiziert, weshalb der ausländische Arbeitgeber ein E101-Formular einholen sollte, um den Arbeitnehmer außerhalb des lettischen Sozialversicherungssystems zu führen.

Ausländische Mitglieder der Geschäftsführung, sind als Angestellte in einem bestimmten Formular, das bei den Steuerbehörden einzureichen ist, als sozialversicherungspflichtig einzutragen. Monatliche "Nullmeldungen" die auf das Gehalt sowie Sozialversicherungsbeiträge anfallen und von der lettischen Gesellschaft abgerechnet werden, sind anzumelden. Da die lettische Gesellschaft dem Mitglied des Vorstandes direkt kein Entgelt zahlt, ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, lettische Einkommensteuer anzumelden oder einzubehalten. Ausländer, die der Geschäftsführung einer lettischen Gesellschaft angehören, müssen selbst über ihre Entlohnung für diese Tätigkeit in der lettischen Gesellschaft berichten und sich jährlich veranlagern.

Kontakt vor Ort

Zlata Elksnina-Zascirinska, Telefon: +371 67 09-44 00

Polen Sonderwirtschaftszonen

Der zurzeit diskutierte Gesetzesentwurf sieht eine Erweiterung der maximalen Fläche der polnischen Sonderwirtschaftszonen von 12.000 auf 20.000 ha vor. Eine solche Änderung stünde im Einklang mit dem europäischen Recht. Dies würde potenziellen Investoren einen Anreiz zu weiteren Investitionen bieten, die Steuervorteile mit sich bringen.

Die geplanten Änderungen betreffen des Weiteren die Voraussetzungen für die Tätigkeit in der Sonderwirtschaftszone, die in der Genehmigung festgesetzt werden. Neben den bisherigen Voraussetzungen bezüglich der Anzahl von neuen Arbeitsplätzen und der Mindesthöhe von Investitionsausgaben werden zusätzlich folgende Bedingungen eingeführt:

- Angaben bezüglich der maximal förderfähigen Investitionsausgaben,
 - sowie der Verpflichtung zur Festlegung der Beendigungsfrist der Investitionen.
- Darüber hinaus werden mit den neuen Vorschriften besondere Bedingungen für diejenigen Investoren eingeführt, die die Sonderwirtschaftszonen auf ihre eigenen Grundstücke erweitern wollen.

DBA Polen-Österreich

Im polnischen Parlament haben die Arbeiten an der Bestätigung des Ratifizierungsprotokolls, das das bestehende Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen Polen und Österreich ändern soll, begonnen.

Das Projekt sieht einen Wechsel von der Anrechnungsmethode zur Freistellungsmethode mit Progressionsvorbehalt bei den Einkünften aus Arbeitsleistungen vor. Im Falle von Einkünften aus Dividenden, Lizenzen, Zinsen sowie Veräußerung von Vermögen sieht der Entwurf des neuen DBA weiterhin die Anrechnungsmethode vor.

Kontakt vor Ort

Tomasz Galka, Telefon: + 48 (71) 356 11 85

Rumänien Staatliche Beihilfen

Kürzlich wurden im offiziellen Gesetzblatt Regelungen über einige staatliche Beihilfen veröffentlicht. Nachstehend stellen wir diese staatlichen Beihilfen im Überblick dar.

- Tourismusförderung – kleine und mittlere Unternehmen*:
 - EUR 118 Mio. für den Zeitraum von 2008 bis 2013 (max. 100 Förderungen),
 - Mindestinvestition EUR 200.000,
 - Maximalinvestition EUR 5 Mio. für Modernisierungen/Erweiterungen,
 - Maximalinvestition EUR 25 Mio. für andere Projekte,
 - Maximaler Umfang der Förderung 50 % bis 70 % der geförderten Investitionssumme,
 - Haltefrist 3 Jahre.
- Nahrungsmittelindustrie und Umwelt – kleine und mittlere Unternehmen*:
 - Brot, Süßigkeiten und Zuckerprodukte, Milchprodukte und ähnliche Produkte,
 - Erneuerbare Energien und Biobenzin,
 - EUR 118 Mio. für den Zeitraum von März 2008 bis Dezember 2008 (max. 320 Förderungen),
 - Maximale staatliche Beihilfe/Projekt EUR 3 Mio.,
 - Maximaler Förderungsumfang 40 % (Bukarest/Ilfov), 50 % (andere Regionen) der geförderten Investitionssumme,
 - Haltefrist 5 Jahre.
- Holzverarbeitung und andere Waldprodukte – kleine und mittlere Unternehmen*:
 - EUR 110 Mio. für den Zeitraum von März 2008 bis Dezember 2008 (max. 150 Förderungen),
 - Maximale staatliche Beihilfe/Projekt EUR 2 Mio.,
 - Maximale Förderungsumfang 40 % (Bukarest/Ilfov), 50 % (andere Regionen) der geförderten Investitionssumme,
 - Haltefrist 5 Jahre.
- Produktion – große Unternehmen**:
 - EUR 169 Mio. von 2008 bis 2013 (max. 60 Förderungen),
 - Ziel: Modernisierung und Stärkung lokaler Industrie: z. B. Abfallbeseitigung, Baubereich, Abwasserentsorgung,
 - Maximale staatliche Beihilfe EUR 5 Mio.,
 - Maximaler Umfang der Förderung 40 % (Bukarest/Ilfov), 50 % (andere Regionen) der geförderten Investitionssumme,
 - Haltefrist 5 Jahre.

* Kleine und mittlere Unternehmen – Umsatz weniger als EUR 50 Mio., Aktivposten weniger als EUR 43 Mio., durchschnittliche Anzahl der Angestellten kleiner als 250.

** Große Unternehmen – alle anderen Unternehmen.

Kontakt vor Ort

Peter deRuiter, Telefon: + 40 (21) 2 02-06 70

Slowakei Sozialversicherungs- beiträge

Das slowakische Statistische Amt hat den offiziellen monatlichen Durchschnittslohn für 2007 in Höhe von SKK 20.146 (ca. EUR 651) veröffentlicht. Die allgemeine Bemessungsgrundlage für Sozialversicherungsbeiträge im Zeitraum vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009 beträgt SKK 241.752 (ca. EUR 7.812). Aus diesem Betrag wird die monatliche Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherungsabgaben abgeleitet. Die derzeit gültige und die neue Beitragsbemessungsgrenze sowie die monatlichen Höchstbeiträge des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers zur Sozialversicherung vom 1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009 sind nachstehend dargestellt:

Beiträge*	Derzeitige Beitragsbemessungsgrenze	Neue Beitragsbemessungsgrenze	Arbeitnehmer	
			Derzeitiger Höchstbeitrag	Neuer Höchstbeitrag
Krankentagegeld	28.142	30.219	394	424
Rentenversicherung	75.044	80.584	3.002	3.224
Invalidenversicherung	75.044	80.584	2.252	2.418
Arbeitslosenversicherung	75.044	80.584	751	806
Garantiefonds	28.142	30.219	-	-
Reservefonds	75.044	80.584	-	-
Summe	-	-	6.399 (EUR 207)	6.872 (EUR 222)

Arbeitgeber		
Beiträge*	Derzeitiger Höchstbeitrag	Neuer Höchstbeitrag
Krankentagegeld	394	424
Rentenversicherung	10.507	11.282
Invalidenversicherung	2.252	2.418
Arbeitslosenversicherung	751	806
Garantiefonds	71	76
Reservefonds	3.565	3.828
Summe	17.540 (EUR 567)	18.834 (EUR 608)

*Angaben in SKK

Die Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung bleibt unverändert bei SKK 56.283 (EUR 1.818) bis zum 31. Dezember 2008. Die Höchstbeiträge zur Krankenversicherung betragen für 2008 SKK 2.252 (EUR 72) (Arbeitnehmer) und SKK 5.629 (EUR 182) (Arbeitgeber).

Daneben muss der Arbeitgeber Unfallversicherungsbeiträge in Höhe von 0,8 % der gesamten Bruttoeinkünfte der Arbeitnehmer leisten, für die keine Beitragsbemessungsgrenze festgelegt ist.

Umrechnung in EUR

Das slowakische Finanzministerium hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher der Ansatz, die Umrechnung und Abrundung von Geldbeträgen im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung für buchhalterische, steuerliche und zollbezogene Zwecke ausführlich geregelt wird.

Die Verordnung beschreibt ausführlich Regelungen zur Rechnungslegung, Steuern sowie Rundung und sollte am 1. Januar 2009, dem Tag der voraussichtlichen Euro-Einführung, in der Slowakei angenommen werden. Die Bestätigung dieses Datums durch europäische Institutionen wird Anfang Sommer dieses Jahres erwartet.

Kontakt vor Ort

Susann Philipp, Telefon: + 421 (2) 59 35-06 56

Tschechien Einkommensteuer- gesetz

Das gegenwärtige Einkommensteuergesetz gilt erst seit 4 Monaten und schon wird erneut eine Novelle seines Wortlautes vorbereitet.

Die Novelle schlägt u. a. die Erweiterung der Definition Einkommen aus Quellen im Gebiet Tschechiens vor, die sich ebenfalls auf das Einkommen aus dem Verkauf eines Anteils an einer Gesellschaft oder einer Genossenschaft mit Sitz

in Tschechien von einer ausländischen Person an eine andere ausländische Person beziehen sollen, sofern das entsprechende Doppelbesteuerungsabkommen dies nicht anders festlegt. Eine andere, nicht weniger interessante Änderung sind die neuen Fremdfinanzierungsregeln.

Die Novelle hebt die Regeln für die Fremdfinanzierung für nicht nahestehende Personen auf, wobei der Verschuldungsgrad für nahestehenden Personen, im Falle von Banken und Versicherungsanstalten von 3:1 und von 2:1 für andere Gesellschaften beibehalten bleibt. Kredite von nahestehenden Personen werden weiterhin als Kredite angesehen, für welche die nahestehenden Personen des Schuldners haften.

Über die weitere Entwicklung in diesem Bereich werden wir Sie auf dem Laufenden halten, sobald die vorgeschlagenen Änderungen von den zuständigen Behörden diskutiert werden.

Kontakt vor Ort

Lenka Mrázová, Telefon: +420 (2) 51 15-25 53

Kontakt in Deutschland

Monika Diekert, Telefon: +49 (30) 26 36-52 25

Ungarn Steuer- und Gebührenpflicht

Bei der Jahresabschlussprüfung kann festgestellt werden, dass wegen des Jahresergebnisses das Eigenkapital zu niedrig wird oder einen Fehlbetrag ausweist. Dies kann steuerliche oder gesellschaftsrechtliche Gegenmaßnahmen erforderlich machen, die auch steuerliche Auswirkungen entfalten.

Aus der Sicht des Gesellschaftsrechts muss überprüft werden, ob das Eigenkapital unter die Hälfte oder 2/3 des gezeichneten Kapitals ("Kft" bzw. "Zrt") gesunken ist oder die gesetzlich vorgeschriebene Mindestgrenze unterschreitet. Sofern dies der Fall ist, sind die Geschäftsführer der Gesellschaft dazu verpflichtet, eine Gesellschafterversammlung einzuberufen, in der die Gesellschafter entsprechende Maßnahmen beschließen müssen.

Wenn das Kapital zu niedrig ist oder einen Fehlbetrag ausweist, werden die aufgelaufenen Zinsaufwendungen, für die von der Gesellschaft nicht von einem Kreditinstitut aufgenommen Darlehen, teilweise oder ganz als steuerlich nichtabziehbar behandelt

Eine Kapitalerhöhung ändert das Bilanzergebnis der Gesellschaft nicht.

Wenn es jedoch zum Erlass von Forderungen gegenüber der Gesellschaft oder zur Übernahme der Schulden der Gesellschaft kommen sollte, wird dies in beiden Fällen als außerordentlicher Ertrag berücksichtigt.

Die Schuldübernahme und der Erlass von Forderungen als Methoden der Kapitalregelung können verschiedene Konsequenzen haben. Hier möchten wir nur einige nennen:

- Der Erlass von Darlehen und die Schuldübernahme erhöhen nur im auf diese Maßnahme folgenden Jahr den für das Eigen-/ Fremdkapitalverhältnis zu berücksichtigenden Wert des Eigenkapitals, da das Ergebnis erst nach Ablauf des Jahres den Gewinnrücklagen zuzurechnen ist.
- Sowohl beim Erlass von Darlehen als auch bei der Schuldübernahme bildet der Ertrag nicht Teil der Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage, da der Steuerpflichtige berechtigt ist, die Bemessungsgrundlage um diese Beiträge zu mindern, sofern die Gesellschaft, die das Darlehen gewährte, keine beherrschte ausländische Gesellschaft (Controlled Foreign Company) ist. Außerordentliche Erträge aus diesen Maßnahmen, bilden einen Teil der sog. Mindestbemessungsgrundlage.
- Der Ertrag aus dem Erlass von Darlehen erhöht die Bemessungsgrundlage der Solidaritätssteuer, während das bei der Schuldübernahme nicht zutrifft.

- Ab dem 1. Januar 2008 ist der Erlass von Darlehen schenkungssteuerpflichtig. Der Steuersatz wird progressiv bestimmt, im Allgemeinen beträgt er 20 % bis 40 % des erlassenen Darlehenbetrags. Bei Alleineigentümern beläuft sich dieser Steuersatz von 11 % bis 21 %. Da der Begünstigte Steuerschuldner ist, kann die Steuerbehörde auch dann Schenkungsteuer festsetzen, wenn das Darlehen von einer ausländischen Gesellschaft erlassen wurde.
- Es ist fraglich, ob auch die Schuldübernahme schenkungssteuerpflichtig ist, da auf die Schuldenübernahmen keiner der Tatbestände des sachlichen Geltungsbereichs zutrifft.

Kontakt vor Ort

Dr. Mark-Tell Madl, Telefon: + 36 (1) 4 61-97 21

Bulgaria Excise duties legislation

As of 1 January 2008 the following amendments to the excise duties legislation apply:

- Excise duty is no longer due on coffee and its extracts;
- The provisions relating to energy products and electricity were modified in order to comply with the requirements of the relevant European Directives;
- The scope of application of the administrative penalties has been extended. New penalties are envisaged and the scope of the persons to which penalties can be imposed is widened.

Latvia Tax residence

Individuals remain Latvian tax residents until the deregistration application is submitted. Residents are required to declare their worldwide income (including foreign income) in Latvia and self-assess tax on it, in line with the Latvian law. The individual may reduce the calculated tax by the amount of foreign tax paid on foreign income. For example, if the calculated tax is LVL 2,500 (EUR 3,512) and foreign tax paid is LVL 1,000 (EUR 1,405), the difference (LVL 1,500 approx. EUR 2,107) must be remitted to the tax authorities.

If an individual has availed itself with a certificate of tax resident in another country, this document may serve as a basis for eventually being exempt from Latvian tax (only works with countries with which Latvia has double tax treaties).

Other reporting

An individual leaving Latvia for more than 183 days, is required to inform the Population Registry of Latvia about this fact, indicating the residential address in the foreign country.

Management fee payments

The Latvian company pays management fees to the foreign company. Under the Corporate Income Tax Act, 10 % tax must be withheld on management fees at the time of payment unless the Latvian company holds an approved residence certificate of the recipient.

Management fees are subject to VAT according to the reverse charge rules. For instance, if the Latvian company receives an invoice on 2 April 2008 for management services rendered in March 2008, then it must report output VAT on the fee and may recover input VAT in its April VAT return. A management services agreement is crucial for the Latvian company, which should ensure for its own benefit that the provisions of the agreement are clear about the Latvian company's withholding obligation as well as the level and calculation of management fees, because the agreement is between related parties. The agreement should also clearly state how the board member's travelling and accommodation cost will be covered. This will eliminate risk that his costs covered by the Latvian company will be treated as a taxable benefit to the board member and the tax authorities will deny a corporate tax deduction on these costs in the Latvian company.

Board member's Latvian taxes

If a board member is employed by a foreign company, mandatory social insurance contributions are likely to be withheld as source by the foreign employer. However, board members qualify as employees for Latvian social insurance purposes and the foreign employer must therefore obtain an E101 form for the employees to keep them outside the Latvian social security system.

Foreign board members must be reported as employees for social security purposes in a special form filed with the tax authorities. Monthly nil reports on salaries paid by the Latvian company and on Latvian social insurance contributions will also have to be filed. As the Latvian company does not pay remuneration to the board member directly, the company is under no obligation to assess or deduct Latvian personal income tax.

Foreign nationals who are members of the board of a Latvian company must report their remuneration for board member duties in the Latvian company themselves and self-assess their tax liability on it in the annual tax return.

Slovak Republic Social security contributions

The Slovak Statistical Office recently published the 2007 official average monthly salary, which is SKK 20,146 (approx. EUR 651). The new annual general assessment base for the period from 1 July 2008 to 30 June 2009 is SKK 241,752 (approx. EUR 7,812). The monthly maximum assessment bases for social insurance contributions are determined based on this amount.

The social security rates and maximum contribution amounts for the period from 1 July 2008 to 30 June 2009 are therefore as follows:

Contributions**	Current maximum base	New maximum base	Employee	
			Current maximum contr.	New maximum contr.
Sickness	28,142	30,219	394	424
Retirement	75,044	80,584	3,002	3,224
Permanent disability	75,044	80,584	2,252	2,418
Unemployment	75,044	80,584	751	806
Guaranteed fund	28,142	30,219	-	-
Reserve fund	75,044	80,584	-	-
Total	-	-	6,399 (EUR 207)	6,872 (EUR 222)

Employer		
Contributions	Current maximum contr.	New maximum contr.
Sickness	394	424
Retirement	10,507	11,282
Permanent disability	2,252	2,418
Unemployment	751	806
Guaranteed fund	71	76
Reserve fund	3,565	3,828
Total	17,540 (EUR 567)	18,834 (EUR 608)

*in SKK

Health insurance contributions remain subject to a maximum base of SKK 56,283 (EUR 1,818 until 31 December 2008 and the maximum health insurance contributions for 2008 are SKK 2,252 (EUR 72) (employees) and SKK 5,629 (EUR 182 (employers).

In addition to the employer's contributions listed above, an employer must also make compulsory insurance contributions of 0.8 % of salaries, with no cap.

Converting into Euros

The Slovak Ministry of Finance has prepared a provision setting detailed rules for reporting, converting and rounding an amount of money into Euros for accounting, taxation and custom purposes when Slovakia adopts the Euro. The provision describes detailed accounting, tax and rounding rules that should be adopted on 1 January 2009, the expected day for the implementation of the Euro in Slovakia. The confirmation of this date from the EU institutions is expected in early summer 2008.

Czech Republic Income Taxes Act

The current Income Tax Act has not even been valid for four months and an amendment to the wording of this Act is again being proposed and reviewed. The amendment proposes expanding the definition of Czech-source income to include the sale of shares in a company or cooperative domiciled in the Czech Republic. Thus, if the proposed amendments come into force, if a foreign person sells his share in a Czech company, he should file a Czech tax return and tax his income, if the relevant double taxation treaty does not stipulate otherwise. Another no less interesting amendment is the modification of thin-capitalisation rules. The amendment should cancel the application of thin capitalisation rules to unrelated parties, with the 3:1 debt-to-equity ratio being retained for banking institutions and insurance companies and the 2:1 debt-to-equity ratio for other companies. Loans/credit from related parties will continue to be treated as loans/credit guaranteed by the debtor's related parties.

Interest from subordinated loans/credit where the interest is dependent on the debtor's profit will continue to be tax non-deductible. We will continue to inform you about developments in this area as soon as the proposed amendments are discussed by the relevant authorities.

Hungary Tax effects of steps taken to solve a low equity position

In the course of the annual statutory audit it can arise that steps are needed, for legal or tax considerations, to solve a low equity position if losses which have made the equity too low or negative. Such steps can have tax implications. From company law perspective a company should check whether its equity has decreased below half or two-thirds of its registered capital (of a limited liability company, "Kft" and a private limited company, "Zrt", respectively) or below the statutory minimum.

If the answer is yes, the company's executives should convene a general meeting of the company's shareholders and the shareholders must decide which consequent steps should be taken.

If the equity has become too low or negative, part of or all the interest expenses accruing on non-banking loans are not deductible for corporate tax purposes under thin capitalisation rules. While a capital increase does not have any impact on the company's accounting profit or loss, if its debt is cancelled or assumed to solve its low equity position, the company will account for extraordinary revenue on these transactions.

Solving a low equity position by debt cancellation or assumption has tax implications. We list some of these below:

- Debt cancellation or assumption will increase the average equity for thin capitalisation purposes only in the year following the transaction because the given year's accounting profit is reclassified into the profit reserve after year-end.

- The revenue accounted for on debt cancellation or assumption does not form part of the corporate income tax base because the company is entitled to reduce its tax base by this amount only if the entity cancelling or assuming the debt does not qualify as a Controlled Foreign Company. Meanwhile extraordinary revenue accounted for on these transactions will form a part of the expected tax base (i. e. "minimum tax base").
- Debt cancellation increases the special profit tax base whilst debt assumption does not have any impacts on it.
- Debt cancellation has been subject to gift duty since 1 January 2008. The rate is progressive, and ranges from 21 % to 40 % of the amount debt cancelled in most cases, and from 11 % to 21 % of debt cancelled by the sole owner of the company. The gift duty is payable by the entity being enriched by the transaction and therefore the Tax Office could assess gift duty even if the debt is cancelled by a foreign entity.
- It is a question whether or not gift duty is due upon a debt assumption because debt assumption is not identical to any of the transactions listed in the law as being subject to gift duty.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Osteuropa in Deutschland

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 07
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail an Celina Maciejewski: celina.maciejewski@de.pwc.com.